

Zentralasien nach dem 11. September 2001

»Great Game«: Phase 3

Der Begriff »Great Game« stammt noch aus dem 19. Jh. und bezeichnete den Kampf um die Vorherrschaft im strategisch wichtigen Zentralasien zwischen dem zaristischen Russland und Großbritannien. Im Hintergrund dieses Konfliktes standen schon damals globale Interessensgegensätze, die durch die napoleonischen Kriege in Europa gekennzeichnet waren. Die heutigen Akteure des »Great Game« sind Russland, die USA, China und die EU. Die Interessen haben sich gewandelt, die »Bühne« ist aber dieselbe geblieben.

Eine erste Phase des neuen Spiels begann 1991 mit der Unabhängigkeit der fünf neuen zentralasiatischen Staaten, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan. Im Vordergrund stand eine Auseinandersetzung mit einem politisch gedemütigten Russland und einem an der Region interessierten Westen. Während Russland sich im Rahmen der Doktrin des »Nahen Auslandes« als legitime Hegemonialmacht in der GUS verstand, suchte der Westen die Integration der neuen Staaten in UNO, OSZE und NATO (NACC, später »Partnership for Peace«) zu fördern. Aber auch China unterstrich seine Interessen in Zentralasien in der »Shanghai Five« (ab Sommer 2001 »Shanghai Cooperation Organization«, SCO). Zugleich begann eine fast unüberschaubare Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO) ihre Entwicklungsarbeit in diesen Staaten.

Ein neuer »weißer Fleck« auf der geostrategischen Weltkarte stand zur Disposition mit allen seinen wirtschaftlichen Verheißungen, seinen enormen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Man träumte von der Neuauflage der alten »Seidenstraße« als Transportkorridor zwischen Asien und Europa.

In dieser Situation entstanden aber auch eigene Begehrlichkeiten in den fünf zentralasiatischen Staaten. Entgegen den internationalen Erwartungen und den Verfassungsgrundsätzen entwickelten sich hier autoritäre, aber insgesamt ökonomisch schwache Präsidialautokratien, die von Nepotismus, Korruption und wirtschaftspolitischem Klientelismus gekennzeichnet waren. Während hochbezahlte Experten im Westen Transformationstheorien für die Region ausbrüteten, nahmen die Prozesse der Nationenbildung und Wirtschaftskonversion ihren faktischen Lauf.

Nach dem 11. September 2001 trat die Region in eine zweite Phase. Der Westen erkannte im ehemaligen »sowjetischen Orient« jetzt nicht nur eine »instabile Region« mit »riesigem Ressourcenreichtum«, sondern eine strategische Basis für den internationalen Kampf gegen den Terrorismus, dessen »Brutstätte« in Afghanistan lag. Für die zentralasiatischen Staaten begann eine Zeit neuer Herausforderungen. Die unerfahrenen Eliten Zentralasiens wurden Objekte westlicher strategischer Interessen. Der Aufbau von militärischen US-Basen in Usbekistan (Chanabad, Termez) und Kirgisistan (Manas/Bischkek), sowie die Unterzeichnung von Abkommen zur Terrorbekämpfung mit Kasachstan und Tadschikistan wurden vorangetrieben. Allein Turkmenistan verharrte in einer prekären Neutralität. Die Führungen der zentralasiatischen Staaten genossen sichtlich die Wertschätzung des Westens und die Devisen, die durch die Truppenpräsenz ins Land flossen.

Nach den anfänglichen Erfolgen und einer oberflächlichen Beruhigung in Afghanistan wurde jedoch der Irak-Krieg für die Region und die sie beherrschenden Eliten zu einer weit größeren Belastungsprobe für ihre Beziehungen zu den USA; war doch die immer noch einflussreiche alte Vormacht Russland gegen die Intervention der amerikanisch-britischen Truppen, und in Zentralasien hatte man selbst Bedenken vor einer zu übermächtigen amerikanischen Dominanz. Mit einer erstaunlichen Pragmatik lösten die zentralasiatischen Präsidenten vorübergehend diesen Loyalitätskonflikt und stellten sich mehrheitlich hinter die amerikanischen (und europäischen) Interessen, ohne Russland und China zu verärgern.

Faktoren wie der ausbleibende Durchbruch im Kampf gegen den Terror im Irak, die nach wie vor schwierige Lage in Afghanistan, die amerikanische Truppenpräsenz in Usbekistan und Kirgisistan, die nur langsam wachsende Wirtschaft in Zentralasien sowie eine mit den sozialen Lebensstandards unzufriedene Bevölkerung führten nach dem 11. September 2001 in eine dritte Phase des »Großen Spiels«. Diese lässt sich in einer entschiedeneren Hinwendung Zentralasiens zu Russland und China erkennen. Deutliche Konturen nahm diese Politik auf der Konferenz der »Shanghai Kooperationsorganisation« im Sommer 2004 in Taschkent an.

Der zunächst in den Staaten Zentralasiens unbeholfen kopierte »Amerikanismus« wich angesichts der sich immer deutlicher artikulierenden strategischen Interessen der USA einer kritischen Distanz und zu einem Überdenken der eigenen Situation. Diese ist durch eine unterschiedliche politische und wirtschaftliche Lage in den zentralasiatischen Staaten gekennzeichnet. Findet man in Usbekistan eine politisch bevormundete Bevölkerung mit der für einen autoritären Staat typischen Apathie, zeigen sich in Kasachstan und Kirgisistan erste Ansätze zu einer aktiven Zivilgesellschaft. Hat Kasachstan bereits wesentliche wirtschaftliche Reformen abgeschlossen und sind Kirgisistan und Tadschikistan auf dem Weg zur Marktwirtschaft, stehen Usbekistan und Turkmenistan am Beginn der wirtschaftlichen Transformation. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kirgisistan und Tadschikistan politisch und wirtschaftlich zu schwach sind, um sich allein behaupten zu können – sie stellen vielmehr die »Bauern« im »Großen Spiel« dar. Wirkliche »Schlüsselfiguren« sind Kasachstan und Usbekistan, wobei letzteres Land von inneren Spannungen geprägt ist, deren weitere Eskalation die Stabilität der gesamten Region in Frage stellen könnte.

Die Faktoren, die Russland und China stärken, hängen nur zum Teil mit dem zurückgehenden Engagement der USA in der Region zusammen. Mitte 2004 hatten die USA mit Hinweis auf die sich verschärfende Menschenrechtssituation – vor allem in Usbekistan – seine (zivilen) Hilfsgelder um 18 Millionen US-Dollar gekürzt. Im gleichen Atemzug sicherten sie sich ein Fortbestehen ihrer militärischen Präsenz in Usbekistan und Kirgisistan. Inzwischen aber haben China und Russland die zentralasiatischen Staaten verstärkt in ihr Geflecht aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vereinbarungen eingebunden. Nur exemplarisch seien hier genannt:

- die im Rahmen der »Shanghai Kooperationsorganisation« intensivierte politisch-militärische Partnerschaft zwischen China, Russland und den zentralasiatischen Staaten im Kampf gegen den Terror und die damit verbundene Kritik an der westlichen Staatengemeinschaft, sich diesbezüglich zu wenig in Afghanistan und den angrenzenden Staaten zu engagieren;
- die intensivierte militärische Kooperation zwischen Russland und Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan im Rahmen des »Kollektiven Sicherheitsvertrags« der GUS, zum Ausdruck gebracht durch Truppenstationierungen Russlands in Kirgisistan (Kant mit ca. 500 Mann) und Tadschikistan (Duschanbe, Kuljab und Kurgan-Tjube mit ca. 6.000 Mann) sowie

durch die vollständige Übernahme des »Nurek-Flugüberwachungszentrums« in Tadschikistan;

- der Beitritt Russlands zur CACO (Central Asian Cooperation Organization, ehemals Eurasian Economic Commonwealth) im Oktober 2004, einer Organisation, die sich neben intensivierter Wirtschaftskooperation auch die gemeinsame Terrorbekämpfung auf die Agenda gesetzt hat;
- die zunehmende Präsenz von Russland und China im Erdöl- und Erdgassektor in Zentralasien (fortgesetzter Bau von Öl- und Gaspipelines aus Kasachstan in die chinesische Westprovinz Xinjiang; Kauf von Förderlizenzen für die beiden bedeutendsten Ölfelder in Usbekistan durch die russische Firma Sojuzneftegaz im Juli 2004).

Unter Berücksichtigung der genannten Faktoren und den Entwicklungslinien der vergangenen 15 Jahren könnte man zusammenfassen, dass diese anbrechende dritte Runde des »Großen Spiels« klar an Russland und China ging. Dies ist aber keine Rückkehr Russlands zur Doktrin des »Nahen Auslands« noch droht das Heraufziehen einer wie auch immer gearteten »Gelben Gefahr«. Es ist schlicht der Vorsprung Chinas und Russlands im Wissen um Tradition, Geschichte und Gesellschaft in Zentralasien und die geographische Nähe, gegen die auch die USA trotz militärischer Interessenbekundung – gerade weil sie mit politischen Konditionen gepaart sind – wenig zu setzen vermögen. Ob aus dieser Lage ein strategisches Bündnis zwischen Russland und China hervorgehen kann, ist jedoch zweifelhaft.

In vielen Publikationen und auch in Äußerungen westlicher Politiker werden Zentralasien und der Kaukasus in einem Atemzug genannt. Natürlich sind die Parallelen offensichtlich. Die Unterschiede sind jedoch weitaus gravierender: In Aserbaidschan findet man eine überwiegend der iranischen Kultur verbundene Bevölkerung der Aseris, in Armenien dominiert eine christliche Kultur, Georgien schließlich prägt eine christlich-orthodoxe Religion und Tradition Territorialkonflikte im Südkaukasus, wie die zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg-Karabach oder die Auseinandersetzungen zwischen Georgien und der abtrünnigen Teilrepublik Abchasien bestimmen das Leben der Menschen in einer dramatischen Weise, wie dies in Zentralasien nicht zu beobachten ist. Den Nordkaukasus markieren Konfliktlinien, die in Zentralasien unbekannt sind. Das ist zum einen ein Resultat aus der politischen Realität der zentralasiatischen Staaten, in denen religiös motivierte Sezessionsbestrebungen keine Rolle spielen. Da sind aber auch die geostrategischen Ausgangsbedingungen, die einen Vergleich der Situationen nicht nur historisch ausschließen:

Die großen Partner im »Spiel« um den Kaukasus sind der Iran, die Türkei, Russland und die USA. Chinesische Interessen sind von grundsätzlich geringerer Bedeutung. Der Kaukasus könnte allerdings mehr in den Focus der Aufmerksamkeit der USA rücken, wenn sich die Unterstützung der tschetschenischen Sezessionisten durch islamisch-fundamentalistische Finanziere und Waffenlieferanten verstärken sollte obwohl sich schon seit einiger Zeit amerikanisch ausgebildete georgische Truppen um eine Kontrolle von Nachschublinien der tschetschenischen Rebellen bemühen. Dann droht in dieser Region eine für die globale Anti-Terror-

Strategie der USA prekäre Entwicklung, die aber auch Russland vor eine neue Herausforderung stellen könnte. Der Kaukasus ist ohne Zweifel ein gefährliches »Pulverfass« – und war dies auch schon immer in der Geschichte –, aber die Parallelen zum »Great Game« in Zentralasien sind nicht nur historisch falsch. Eine Globalstrategie, die für Zentralasien und den Kaukasus greifen soll, geht an den politischen Realitäten vorbei.

*Dr. Marie-Carin von Gumpfenberg
Dr. Markus Brach von Gumpfenberg
Policy Studies Central Asia, München*

Geopolitik im Süd-Kaukasus

Berg-Karabach und die neue Machtkonstellation

Bei der Lösung des seit zehn Jahren »eingefrorenen« Konflikts um Berg-Karabach zeichnet sich weiterhin kein Durchbruch ab. Die »Minsker-Gruppe« könnte zwar bald durch den »Prager-Prozess« abgelöst werden, aber die Dinge kommen nur mühsam voran.

Seit 1994 herrscht zwischen den Konfliktparteien Armenien und Aserbaidschan ein Waffenstillstand. Schätzungen zufolge sind 1 bis 1,5 Millionen Menschen aus dem von den Armeniern besetzten Gebiet geflohen. Die völkerrechtlich nicht anerkannte Republik Berg-Karabach macht rund 18 Prozent des Territoriums Aserbaidschans aus. Seit dem vereinbarten Waffenstillstand haben Aserbaidschan und sein wichtigster Verbündeter Türkei ihre Grenzen zu Armenien geschlossen. Alle bisherigen Vermittlungsbemühungen der so genannten Minsker Gruppe der OSZE (USA, Russland und Frankreich), die sich auf multilateraler Ebene um eine Konfliktlösung bemüht hatte, sind erfolglos geblieben. Amerikaner, Russen und Franzosen haben alle eigene strategische Interessen im Süd-Kaukasus. Ein Wiederaufflammen ethnischer Konflikte gefährdet die Energiesicherheit in der Region. Konflikte im »eingefrorenen« Zustand erscheinen da als kleineres Übel.

Eriwan fordert eine völlige Loslösung der Enklave von Aserbaidschan und einen späteren Anschluss an Armenien. Dabei beruft sich Armenien auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In dieser Forderung sieht Aserbaidschan eine Verletzung seiner völkerrechtlich abgesicherten territorialen Integrität. Baku verlangt seinerseits die Rückgabe der von den armenischen Streitkräften besetzten Gebiete und die Rückkehr der aserbaidschanischen Flüchtlinge.

Unter dem neuen Präsidenten Aserbaidschans, Ilham Aliew, haben sich die Bemühungen um eine Lösung des Konfliktes intensiviert. Im Laufe der Jahre 2003/2004 fanden drei Treffen der Staatspräsidenten Aserbaidschans und Armeniens in Genf, Warschau und Astana statt. Gleichzeitig verwarf Aliew die bisherigen Bemühungen der Minsker Gruppe als hilf- und nutzlos. Seit einiger Zeit unternimmt Aserbaidschan neue Anstrengungen, den Konflikt um Berg-Karabach zu internationalisieren. Aserbaidschan hofft durch die Internationalisierung des Konfliktes den Druck zu erhöhen. Auf der Ebene der Außenminister fanden zwischen Elmar Mammadjarow und seinem armenischen Kollegen Warrantan Oskanjan fünf Treffen in Prag statt (so genannter